

Abbaumassnahmen gefährden
die Grundversorgung

Seite 3

Mittels Petition gegen die geplanten
Abbaumassnahmen

Seite 4

Drei Fragen an Ruth Humbel,
Nationalrätin CVP

Seite 5

Ein Tag im Leben von Mark Kobel

Seite 6





Mark Kobel
Präsident
Apothekerverband
des Kantons Bern

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Im September 2018 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zu verschiedenen Sparmassnahmen des ersten Massnahmenpakets eröffnet. Unter anderem sollen mit einer Verordnungsanpassung Einsparungen im Medikamentenvertrieb erzielt und mit einer Anpassung des KVG ein Referenzpreissystem für Generika eingeführt werden. Die Apotheker lehnen diese isolierten und unkoordinierten Abbaumassnahmen klar ab. Die Fehlanreize bei den Vertriebsanteilen müssen dringend und vor Einführung jeder weiteren kostendämpfenden Massnahme korrigiert werden.

Aus diesen Gründen haben die Grundversorger die Petition «Auch morgen medizinisch gut umsorgt» lanciert. Dies mit dem Ziel, Bevölkerung, Partner und Medien zu sensibilisieren. Einen Unterschriftenbogen finden Sie in dieser Ausgabe. Ab dem 8. April 2019 kann die Petition in allen Apotheken in der ganzen Schweiz unterschrieben werden.

Eine spannende Lektüre und wunderschöne Frühlingstage wünscht Ihnen Ihr

Mark Kobel

Präsident AKB

Chère lectrice, cher lecteur,

en septembre 2018, le conseil fédéral a lancé la consultation relative à différentes mesures du premier paquet de mesures d'économie. Entre autres, il est prévu de réaliser des économies dans le secteur de la distribution des médicaments par une adaptation de l'ordonnance correspondante et d'introduire un système de prix de référence pour les génériques par une adaptation de la LA-Mal. Les pharmaciens refusent fermement ces mesures isolées, mal concertées et destructrices. Les incitations erronées concernant les marges de distribution doivent être corrigées urgemment et avant l'introduction de toute nouvelle mesure d'économie.

Pour ces raisons, les prestataires des soins de base ont lancé la pétition «Bien soigné, demain aussi». Ceci dans le but de sensibiliser la population, les partenaires et les médias. Dans ce numéro du Pulsmesser, vous trouvez une liste de signatures. Dès le 8 avril 2019, cette pétition peut être signée dans les pharmacies de toute la Suisse.

Nous vous souhaitons bonne lecture et des journées de printemps splendides

Mark Kobel

Président du AKB

Abbaumassnahmen gefährden die Grundversorgung

Der Bundesrat hat in den vergangenen Jahren Millionen zulasten jener Akteure im Gesundheitswesen gespart, die Medikamente vertreiben. Nun plant er weitere Abbaumassnahmen, unter anderem die Anpassung des Vertriebsanteils. Mit diesen Massnahmen gefährdet er die gut funktionierende Grundversorgung der Schweiz.

Mit dem Vertriebsanteil werden Logistikleistungen für die Abgabe von Arzneimitteln abgegolten. Aktuell bestehen bei der Vertriebsmarge schwerwiegende Fehlanreize. So verdienen Apotheker mehr, wenn sie teure Medikamente verkaufen. Wenn sie günstigere Behandlungsalternativen wie Generika empfehlen oder abgeben, werden sie finanziell dafür bestraft – obschon sie damit beitragen, die Gesundheitskosten tief zu halten. Die Korrektur dieser Fehlanreize birgt ein Sparpotential in zweistelliger Millio-nenhöhe und die Politik ist nun gefordert, diese auch umzusetzen.

Fehlanreize werden nicht abgeschafft

Aber zum wiederholten Male setzt der Bundesrat den Hebel bei der Versorgungssi-cherheit durch Apotheken, Spitalapotheken und Hausärzten an. Das ist umso unver-ständlicher, als gerade in diesem Bereich in den vergangenen Jahren zahlreiche Mass-nahmen umgesetzt und bereits mehrere hundert Millionen Franken eingespart wur-den. Anstatt die bestehenden Fehlanreize im Bereich von Generika zu eliminieren, setzt er die Qualität und Sicherheit der aktuell guten Versorgung mit Medikamen-ten für die Bevölkerung unnötig aufs Spiel.

Kluge Lösung liegt auf dem Tisch

Eine breite Allianz kritisiert dieses Vorgehen scharf. Sie präsentierte im letzten Herbst Lösungsvorschläge, die ein enormes Spar-potenzial bergen, die Grundversorgung aber nicht gefährden. Gleichzeitig entwi-ckelte pharmaSuisse gemeinsam mit dem Krankenversicherungsverband curafutura ein Alternativmodell zur Revision des Ver-triebsanteils. Damit werden sowohl die Fehlanreize bei der Abgabe von Generika eliminiert, als auch eine faire Entlöhnung von Medikamenten für Apotheker, Spi-talapotheker und Hausärzte gewährleistet.

Fünf wirksame Kostendämpfungsmassnahmen

Der Apothekerverband pharmaSuisse, weitere Apothe-ken-Vereinigungen sowie Ärzte mit Patientenapotheken haben Alternativvorschläge zum bundesrätlichen Sparpaket zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen erarbeitet. Mit folgenden fünf Massnahmen können

Einsparungen im Umfang von mindestens 500 Millionen Franken erzielt werden – bei gleichzeitiger Wahrung der Versorgungs- und Patientensicherheit in der Grundver-sorgung.

Enormes Generikapotenzial ausschöpfen

CHF 150 Millionen

Preisbildung/-festsetzung bei den teuersten Medikamenten anpassen

CHF 100 Millionen

Abgabe von Biosimilars fördern

CHF 50 Millionen

Therapietreue stärken

CHF 100 Millionen

Abfälle / Compliance verhindern

CHF 100 Millionen

Mittels Petition gegen die geplanten Abbaumassnahmen

Vor knapp fünf Jahren hat sich das Schweizer Stimmvolk klar für eine qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung ausgesprochen. Diese ist mittlerweile durch verschiedene bundesrätliche Massnahmen bedroht. Mit der Petition «Auch morgen medizinisch gut umsorgt» setzt sich pharmaSuisse nun dafür ein, dass die gut funktionierende Grundversorgung langfristig sichergestellt wird.

Der Bundesrat plant, wie im vorhergehenden Artikel beschrieben, eine Vielzahl von unkoordinierten Abbaumassnahmen. Gemeinsam mit den jährlichen Medikamentenpreissenkungen bedrohen diese die Grundversorgung massiv: Während die Einnahmen sinken, steigen gleichzeitig Personalkosten, Mieten, bürokratische Anforderungen, Regulierungsmassnahmen und Investitionen in Infrastruktur in der Schweiz unaufhaltsam, was jede vierte Apotheke in wirtschaftliche Bedrängnis bringt. Die ausgedünnte Grundversorgung ist insofern kontraproduktiv, als gerade die wohnortnahe Begleitung von Patienten in

den Apotheken die Therapietreue (Compliance) fördert und sich so kostendämpfend aufs Gesundheitssystem auswirkt.

Apothekerarbeit spart Gesundheitskosten

Auf dem Spiel steht aber noch viel mehr: Apotheken sind eine direkte Anlaufstelle bei allen gesundheitlichen Themen und geniessen ein sehr hohes Vertrauen bei der Bevölkerung. Apothekerinnen und Apotheker bieten rasche Hilfe und clevere Lösungen, und das ohne Voranmeldung und lange Wartezeiten. Sie haben den vollen Überblick über alle Medikamente, machen unkomplizierte Vorsorgetests und geben Gesundheitstipps sowie Impfberatungen. Dabei verursachen sie lediglich 4,2 Prozent der Krankenkassenprämien. Statt Apothekenpersonal drastisch abzubauen, sollte man auf deren Erfahrungsschatz zurückgreifen. Mit einer Petition fordert pharmaSuisse deshalb den Bundesrat auf, die funktionierende medizinische Grundversorgung langfristig sicherzustellen. Dabei sind wir auch für Ihre Unterstützung sehr dankbar!

Petition «Auch morgen medizinisch gut umsorgt»

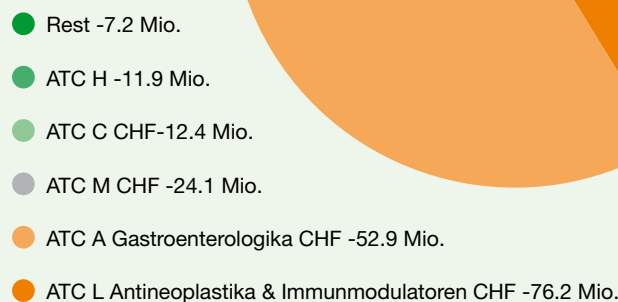
Die Schweizer Bevölkerung hat sich 2014 mit einer überwältigenden Zustimmung von 88% für eine medizinische Grundversorgung von hoher Qualität ausgesprochen, mit einfacher Zugänglichkeit und basierend auf dem Miteinander von Apothekern, Hausärzten und Pflege. Der Bundesrat gefährdet mit einer Vielzahl von unkoordinierten Abbaumassnahmen ebendiese Grundversorger. pharmaSuisse wehrt sich mit einer Petition dagegen. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Unterschrift, um wohnortnahe und persönliche Beratung auch in Zukunft sicherzustellen. Die Unterschriftensammlung dauert vom 1. April bis am 31. Mai 2019. Weitere Informationen finden Sie unter www.gut-umsorgt.ch.

Preisüberprüfungen 2017

Die Preisüberprüfungen 2017 führen zu jährlichen Einsparungen von 185 Millionen zu ex-factory-Preisen bzw. zu 225 Millionen bei den Publikumspreisen.

Bemerkungen

- Preissenkungen bei >1400 Artikel
- Ø Senkungssatz -17.7%
- Umgesetzt zwischen Januar 2018 und August 2018



Drei Fragen an Ruth Humbel, Nationalrätin CVP



Ruth Humbel

Ruth Humbel ist CVP-Nationalrätin aus dem Kanton Aargau und Vizepräsidentin der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N)

Ruth Humbel, Sie beabsichtigen mit einer Motion, Generika und Biosimilars zu stärken. Weshalb?

Das Einsparpotenzial durch den erhöhten Einsatz von Generika und Biosimilars ist gross. Die Helsana beispielsweise rechnet im Arzneimittelreport 2017 mit Einsparungen von 35 Mio. Franken, die sich aus einer Erhöhung des Marktanteils von Biosimilars ergeben könnten. Diese Zahl hat sich inzwischen noch erhöht, denn es sind seither zahlreiche Patente von Biologica abgelaufen. Deshalb sollten Biosimilars den Generika bezüglich Preisfestsetzungsverfahren wie auch bezüglich der reduzierten Kostenbeteiligung für Patientinnen und Patienten gleichgestellt werden. Die administrativen Auflagen für Hersteller von Generika sowie von Biosimilars sind abzubauen.

Die Motion wurde vom Bundesrat abgelehnt und inzwischen abgeschrieben. Wie gehen Sie weiter vor?

Ich verfolge dieses Ziel des stärkeren Einsatzes von Generika und Biologica selbstverständlich weiter. Wo ein Einsparpotenzial erkannt wird und im Gesamtkontext Sinn macht, muss gehandelt

werden. Wir alle haben dieselbe Absicht: Gesundheitskosten und damit das Prämienwachstum zu dämpfen. Darum hat die CVP die Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» lanciert. Die Idee dahinter ist, mit wirksamen Anreizen und Massnahmen zu erreichen, dass sich die Gesundheitskosten entsprechend der schweizerischen Gesamtwirtschaft und den durchschnittlichen Löhnen entwickeln.

Mit einer weiteren Motion wollen Sie die Leistungen der Apotheker im KVG abbilden. Mit welchem Zweck?

Auch die Motion «Abbilden der Leistungen der Apotheker zur Qualitätssicherung und Kostendämpfung im Krankenversicherungsgesetz» dient dem Zweck der Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Diese Motion wurde vom Nationalrat angenommen. Sie beauftragt den Bundesrat, die neu den Apothekern übertragenen Leistungen der Grundversorgung, welche zur Kostendämpfung und Qualitätssicherung beitragen, im Krankenversicherungsgesetz abzubilden, damit die Leistungen in einem Tarifvertrag zwischen Apothekern und Krankenversicherern geregelt werden können.

Aktuelles aus dem AKB

Wir danken Jon Andri Bisaz sowie Patrik Muff für ihre langjährige Arbeit im Vorstand des AKB und wünschen den beiden alles Gute für die Zukunft. Gleichzeitig sind wir froh, dass wir mit Prisca Keusch und Myriam Rodriguez zwei kompetente Nachfolgerinnen gefunden haben. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit und heissen die beiden herzlich willkommen!



Prisca Keusch

Prisca Keusch arbeitet als Apothekerin in der Amavita Apotheke im Bahnhof Bern. Neben ihrer Tätigkeit als Apothekerin unterrichtet sie seit zwölf Jahren als Fachlehrkraft für Pharma-Assistentinnen an der Berufsfachschule des Detailhandels (bsd.) in Bern. Dort hat sie den Fachvorstand für die Pharma-Abteilung inne. Im Vorstand des AKB wird Prisca Keusch das Ressort Ausbildung Pharma-Assistentinnen von Jon Andri Bisaz übernehmen.



Myriam Rodriguez

Myriam Rodriguez arbeitet seit Februar 2015 in der Spitalapotheke des Spitals der Region Oberaargau (SRO). Als Ressortleiterin gehört die Leitung der Spitalapotheke zu ihrer Hauptaufgabe. Weiter ist Myriam Rodriguez als fachtechnisch verantwortliche Person für die Dahlia Oberaargau AG an den Standorten Huttwil, Niederbipp und Herzogenbuchsee sowie dem regionalen Wohn- und Pflegeheim St. Niklaus in Koppigen tätig. Im Vorstand des AKB wird Myriam Rodriguez das Ressort Spitalpharmazie von Patrik Muff übernehmen.



Ein Tag im Leben von **Mark Kobel**, Präsident Apothekerverband des Kantons Bern

Die interprofessionelle Zusammenarbeit ist mein Hauptfokus

Ich erinnere mich noch gut an den Abend meiner Wahl zum Präsidenten. Nachdem das Amt lange vakant gewesen war, war der Wunsch der Versammlung sehr gross wieder einen neuen Präsidenten zu wählen.

Ich habe in meiner Amtszeit bereits viele spannende Erfahrungen machen dürfen. Ein Treffen mit Samuel Steiner, dem Kantonsapotheker des Kantons Bern, ist mir dabei speziell in Erinnerung geblieben. Die Zusammenarbeit ist positiv, doch ist mir dort meine Rolle als Brückenbauer das erste Mal richtig bewusst geworden. Die Anliegen und Interessen der Kolleginnen und Kollegen auf der einen Seite, das Amt und Steiners Grenzen auf der anderen. Unser Verband ist das Bindeglied zwischen Praxis und Gesetz, zwischen Berufspolitik und Politik.

Auch mit der BEKAG, der Ärztesgesellschaft des Kantons Bern, funktioniert die Zusammenarbeit. Ich stelle fest, dass wir oft dieselben Probleme haben, diese jedoch aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Suchen wir gemeinsam Lösungen, können beide Seiten im Alltag optimal arbeiten. Hier muss ich allerdings anfügen, dass die

Kontakte bereits vor meiner Amtszeit stets gepflegt wurden. Von diesem prospektiven und interprofessionellen Austausch auf oberster Ebene im Kanton kann ich heute profitieren.

Die Arbeit als Präsident des Apothekerverbandes nimmt viel Zeit in Anspruch. Primär führe ich aber die Apotheke am Viktoriaplatz in Bern. Die Verbandsarbeit begleitet mich den ganzen Tag über. Angefangen bei E-Mails und den Telefonaten, die ich zwischendurch bearbeite und führe, Treffen mittags oder abends, sowie Veranstaltungen an Freitagen. Mir gefällt die Abwechslung. Die Arbeit an der Front im Verkauf auf der einen und die politische für den Verband auf der anderen befruchten sich gegenseitig. Ich habe neue Einblicke gewinnen können, verstehe heute übergeordnete Zusammenhänge besser und schenke so heute Dingen Beachtung, die ich früher übersehen hätte. Ich bin aufmerksamer und hellhöriger geworden.

Wo wir derzeit am meisten dran sind? Die interprofessionelle Zusammenarbeit ist unser Hauptfokus. Mit dem Verzicht der Ärzte auf eine SD-Initiative zeigen diese

die Bereitschaft, mit uns zusammenzuarbeiten und künftige Herausforderungen gemeinsam anzupacken. Dies ist die Voraussetzung, um die medizinische Grundversorgung auch in Zukunft zu sichern. Die bessere interprofessionelle Zusammenarbeit zeigt sich auch in der Ausbildung. So wird das Vollstudium der Pharmazie an der Uni Bern in den nächsten zwei Jahren wieder eingeführt. Vorgesehen ist dabei auch eine Doppelprofessur am Institut für Hausarztmedizin. Der AKB ist in diesen Prozess involviert. Weiter ist uns die Petition «Medizinische Grundversorgung durchsetzen» ein wichtiges Anliegen, für die wir seit dem 1. April Unterschriften sammeln. Die Unterstützung unserer Mitglieder ist unabdingbar für den Erfolg dieser Massnahme.

Ich darf auf ein erfolgreiches erstes Jahr zurückblicken. An dieser Stelle möchte ich aber noch einmal betonen, dass dies auch der guten Arbeit des Vorstands vor meiner Zeit als Präsident zu verdanken ist. So war die Positionierung des AKB bei den Grossratskandidaten ein voller Erfolg, wir haben viele positive Feedbacks erhalten. Wir planen nun etwas Vergleichbares für die kommenden Nationalratswahlen. Ziel bleibt es, von der Politik spürbar besser als starker Partner im Gesundheitswesen wahrgenommen zu werden. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Zur Person

Mark Kobel wurde im November 2017 zum Präsidenten des Berner Apothekerverbands gewählt. Er ist aktuell Geschäftsführer der Top-Pharm Apotheke am Viktoriaplatz in Bern. Er ist verheiratet und wohnt mit seiner Frau und den beiden erwachsenen Töchtern in Mittelhäusern. In seiner Freizeit geht Mark Kobel gerne mit seinen zwei Hunden spazieren.

Impressum

Apothekerverband des Kantons Bern (AKB)
email info@apobern.ch
www.apobern.ch
Auflage: 3000
Die nächste Ausgabe erscheint im Herbst 2019